

*Begründung:**Zu A.*

Die Sachverständigen für das allseits betreffende Thema der Kommission sollen im Einvernehmen und allenfalls hilfsweise gemäß § 56 Abs. 2 Satz 2 GO-BT nach Fraktions-Proporz benannt werden.

Ferner könnten und sollten sogleich einige notwendige Vorgaben zur Arbeitsweise der Kommission durch den Bundestag gemacht werden.

Zu B.

Anläßlich der Einsetzung parlamentarischer Gremien soll nach außen verdeutlicht werden, daß damit gesellschaftliche Aufarbeitungsprozesse nicht ersetzt oder verdrängt, sondern im Gegenteil als unverzichtbarer Prozeß durch den Bundestag kontinuierlich gefördert werden sollen.

Antrag

der Abgeordneten Andrea Lederer, Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt), Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS/Linke Liste

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Politische Aufarbeitung der DDR-Geschichte“

Der Bundestag wolle beschließen:

Die politische Aufarbeitung der DDR-Geschichte ist in erster Linie ein Prozeß der Arbeit in den Archiven und der kritischen und kontroversen öffentlichen Auseinandersetzung. Einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages käme dabei die Rolle zu, einen Beitrag im Rahmen einer breit angelegten öffentlichen Erörterung über Staat und Gesellschaft in der DDR zu leisten. Der Deutsche Bundestag ist sich dabei bewußt, daß kritische Aufarbeitung immer auch den Gefahren parteipolitischer Instrumentalisierung unterliegt. Gerade deshalb sollte auch die Aufarbeitung der DDR-Geschichte in den Gesamtzusammenhang einer umfassenden gesellschaftlichen Diskussion gestellt werden.

Der Deutsche Bundestag ist sich ferner der Tatsache bewußt, daß die wissenschaftliche Aufarbeitung der DDR-Geschichte nicht isoliert, sondern nur im gesamtdeutschen und internationalen Kontext erfolgen sollte:

DDR-Geschichte kann nur dann vollständig erfaßt werden, wenn sowohl die Integration der DDR und ihres gesellschaftlichen Systems im Rahmen des Warschauer Vertrags und des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe sowie die besondere Stellung der früheren Sowjetunion als Führungsmacht der sozialistischen Staatengemeinschaft, als auch die Systemgegensätze zwischen Ost und West, insbesondere die speziellen Beziehungen zur alten Bundesrepublik Deutschland näher beleuchtet werden.

Ferner findet die gegenwärtige Diskussion um die historische Aufarbeitung, anders als in den übrigen ehemaligen realsozialistischen Gesellschaften, in der Bundesrepublik Deutschland unter zwei besonderen Aspekten statt. Zum einen überwiegt das Moment der bloßen Abrechnung mit dem DDR-System seitens des „historischen Siegers“, der alten Bundesrepublik. Zum anderen muß sich die Aufarbeitung als ein gesamtdeutsches Unternehmen vollziehen, um vor allem die zahlreichen Wechselwirkungen in den damaligen deutsch-deutschen Beziehungen zu erfassen.

Der Deutsche Bundestag ist sich der daraus erwachsenen politischen Ver-